

Darmstädter Manifest zur Windenergienutzung in Deutschland

Aktualisierung: April 2023

Wir fordern alle Politiker(innen) der Bundesrepublik Deutschland auf, sich ihrer Aufgaben und ihrer Verantwortung bewusst zu werden, insbesondere ihrer Pflicht: „Schaden von unserem Volk und Land abzuwenden und das Grundgesetz, insbesondere Artikel 1 Abs.1 Satz 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Artikel 2 Abs.2 Satz 1: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“, Artikel 3 Satz 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ und Artikel 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...“, einzuhalten.

Mehr als 100 Professoren und Schriftsteller waren in ihrer Beurteilung ihrer Zeit, gegen den Ausbau der industriellen Windenergienutzung zu protestieren, weit voraus. Sie verfassten bereits im Jahr 1998, als der Bestand an Windkraftanlagen weniger als ein Fünftel des heutigen betrug, das „Darmstädter Manifest zur Windenergienutzung in Deutschland“ und stellten es in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Die Unterzeichner richteten ihre Warnungen an Politiker, Kulturträger, Umweltverbände und Medien.

Deshalb möchten wir am 01. September 2023 an die Mahnung der Wissenschaftler erinnern.

Heute wissen wir, dass sich der öko-industrielle Komplex nicht im Geringsten für die negativen Folgen des forcierten Ausbaus von Windindustrieanlagen interessiert. Selbst technische Probleme wie die Speicherung des Zufallsstroms werden auch in der Zukunft nicht lösbar sein. Zur Zerstörung der Umwelt kommt die Zerstörung einer funktionierenden Stromversorgung hinzu, die unvermeidlich in die Deindustrialisierung Deutschlands mündet und damit zum Verlust des Wohlstands führt.

Auch der Klimaschutz ist in Deutschland trotz 30.000 Industrie-Windenergieanlagen nicht vorangekommen. Das Ganze kostet uns Verbraucher bis zum Jahr 2025 - 500 Milliarden Euro (eine halbe Billion Euro). Deshalb muss der unheiligen Allianz zwischen blindwütigen Ideologen, und Energieversorgern, die nur auf billige Weise Subventionen abgreifen, ein Riegel vorgeschoben werden. Zumal sie sich dabei nicht scheuen, Bürger, die sich gegen die Zerstörung ihrer Heimat wehren, zu kriminalisieren.

Wir wissen doch alle,

- dass auch mit einem „generalstabsmäßigen“ Ausbau der Windenergie, keine grundlastfähige Stromversorgung zu erzielen ist. Auch die Ampelregierung sollte mittlerweile wissen, dass physikalische Gesetze nicht durch Gesetze oder Verordnungen in Kraft oder außer Kraft gesetzt werden können.

- dass sich der GRÜNE Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die GRÜNE Bundesumweltministerin Steffi Lemke mit den Ausbauzielen der Windenergie rücksichtslos über den Artenschutz hinwegsetzen. Das

Tötungsverbot für geschützte Arten soll aufgehoben werden; äußerst zynisch für eine Partei, die sich angeblich dem Umweltschutz verschrieben hat.

- dass die Energieerzeugung mit Windindustrieanlagen witterungsabhängig und nicht grundlastfähig ist.

- dass 30.000 Windindustrieanlagen in Deutschland, bei Windflaute keine einzige Kilowattstunde Strom produzieren. Um einen Blackout zu vermeiden, muss dann Strom aus dem Ausland bezogen werden, der häufig genug in Kernkraftwerken erzeugt wird.

- dass 30.000 Windindustrieanlagen in Deutschland, bei Starkwind überschüssigen Strom erzeugen, der zu Negativpreisen ins Ausland verkauft werden muss. Wir bezahlen also doppelt hierfür.

- dass 30.000 Windindustrieanlagen in Deutschland, zusätzlich, jährlich etwa 250.000 Fledermäuse, 12.000 Greifvögel und 1.200 Milliarden Fluginsekten töten und Menschen dauerhaft krank machen.

- dass allein die Stahltürme der Windindustrieanlagen in Nord- und Ostsee, aus Korrosionsschutzgründen, zusätzlich Tonnenweise giftige Metallverbindungen (Aluminium, Zink und Schwermetalle) ins Meer abgeben.

- dass die heimischen Meeressäuger, z. B. Schweinswale, Kegelrobben und Seehunde, durch den Lärm bei der Gründung von Offshore-Anlagen (Explosionen, Rammarbeiten, Sonar und seismische Untersuchungen), aus ihrem Lebensraum vertrieben oder getötet werden. Viele Meerestiere erleiden hierbei u.a. gravierende Hörschäden.

So wird Artensterben nicht gestoppt, sondern beschleunigt.

- dass in den Schaltanlagen von Windindustrieanlagen hochgefährliches und klimaschädliches Schwefelhexafluorid (SF_6) verwendet wird.

Schwefelhexafluorid ist 23.500-mal schädlicher als Kohlendioxid (CO_2) 2)

- dass in fast allen Windindustrieanlagen hunderte Liter an Getriebeöl, Hydrauliköl und Kühlschutzmittel stecken.

- dass nur für den Zement eines einzelnen Windrad-Fundaments mindestens 250 Tonnen CO_2 freigesetzt werden.

- dass Windindustrieanlagen kostbare Flächen und Ressourcen, wie z.B. seltene Erden und tonnenweise klimaschädlichen Beton, verbrauchen. Recycling und Entsorgung sind weitgehend ungeklärt.

- dass, die Bundesländer deutlich mehr als zwei Prozent der Bundesfläche (weit über 1 Million Fußballfelder) für die Ausbauziele der Windenergie ausweisen müssen.

- dass täglich immense Strommengen zwischen europäischen Nachbarn ausgetauscht werden und dass Deutschland nun insbesondere mehr Strom aus französischen Atomkraftwerken beziehen muss, um seinen Strombedarf zu decken.

- dass Windkraftbetreiber unter anderem 20 Jahre durch das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) mit Milliarden Euros überschüttet werden, und das, obwohl man Energie nicht erneuern kann.
- dass durch den Einspeisevorrang (lt. EEG aus dem Jahr 2000), Strom, der mit garantierter Einspeisevergütung, aus erneuerbaren Energieanlagen vorrangig abgenommen, übertragen und verteilt wird, bei den konventionellen Kraftwerken, durch ständige Leistungsanpassung, zu immer größerer technischer und materieller Belastung, somit auch zu höheren Schadstoffemission und vor allem zu immensen Kosten kommt. (2022: 3,26 Milliarden Euro)
- dass 2019 im „Wall Street Journal“ ein Artikel über die deutsche Energiepolitik mit dem Titel „Die dümmste Energiepolitik der Welt“ stand.
- dass kein Windpark, die durch die Betreiber angegebenen Haushalte bedarfsgerecht, d.h. unterbrechungsfrei, mit Strom versorgen kann.
- dass wir keine ausreichenden Speicher haben und aus physikalischen Gründen absehbar, auch nicht haben werden. Somit verringert jede neue WEA- und jede neue PV-Anlage die Netzstabilität und bringt uns dem Blackout ein Stück näher.
- dass sich Windgeschwindigkeit und Niederschlagsmenge (lokale Klimaveränderung) durch Windparks verändern können.
- dass die verantwortlichen Politiker und Beamten über keinen Plan B verfügen, wenn die Energiewende erkennbar scheitert.
- dass die Bürger und die Wirtschaft, durch das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland, die chinesische Volkswirtschaft mitfinanzieren.
- dass der Weltklimarat (IPCC) auf den Ausbau der Atomkraft setzt und auch das EU-Parlament Atomstrom als nachhaltig und klimafreundlich einstuft.

Aus vorgenannten Gründen ist eine weitere Zerstörung unserer Natur- und Kulturlandschaften nicht mehr hinnehmbar.

Aus diesem Grund schließen wir uns den Forderungen des Darmstädter Manifestes von 1998 zur Windenergienutzung in Deutschland an und fordern insbesondere, dass dieser Technologie alle direkten und indirekten Subventionen entzogen werden. Stattdessen sollten in größerem Umfang öffentliche Mittel für die Entwicklung effizienterer Techniken und für solche Grundlagenforschungen bereitgestellt werden, die wirkliche Lösungen für umweltverträgliche und nachhaltige Energieerzeugung erwarten lassen.

Es wäre schön, mir zur Veröffentlichung der Unterzeichnerliste, Vor- u. Nachnamen, Titel/Beruf (optional), Postleitzahl u. Wohnort an folgende E-Mail Adresse: 25.Jahre-DarmstaedterManifest@gmx.de zuzusenden.

Herzlichen Dank
Ihr
Udo Bergfeld